

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

228 (1.10.1909) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

<p>Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich.</p>	<p>Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr. Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.</p>	<p>Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.</p>
<p>Druck und Verlag Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh. Teil: A. Weismann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.</p>	<p>Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.</p>

1. Blatt.

Die heutige Nummer umfasst 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Flottenverständigung.

Die liberalen „Daily News“, ein der englischen Regierung nahestehendes Blatt, schickten einen Artikel über die Einschränkung der Rüstungsanstrengungen in Deutschland und England mit folgenden Worten:

Wir haben Grund zu glauben, daß unsere Regierung die deutsche Admiralität zur Annahme eines freundschaftlichen Versprechens aufgefordert hat, wonach die Schiffswerften beider Länder der gegenseitigen Besichtigung offen stehen sollen. Der häßliche Verdacht geheimer Vorbereitungen und Uebertügelung würde dadurch vermieden werden. Wenn dem so ist, so würde dies jedenfalls ein Anfang sein, und kann man dann nicht sagen, daß die Initiative von uns kommt?

Als Premierminister Asquith kürzlich auf eine bezügliche Frage antwortete: „Wir haben die Initiative ergriffen.“ blieb noch unklar, ob sich diese Aeußerung auf das bekannte englische Anerbieten bezog, das vor der letzten Haager Konferenz gemacht und von Deutschland in scharfer Weise zurückgewiesen wurde, oder ob die englische Regierung mit neuen Vorschlägen an die deutsche Regierung herantreten sei. Nach den „Daily News“ trifft das letztere zu und damit gewinnen auch die diplomatischen ja nicht gerade geschickten Worte, mit denen Herr v. Bethmann-Hollweg in Wien die Anfrage eines Redakteurs über den Stand der deutsch-englischen Flottenverständigungsfrage beantwortete, höhere Bedeutung. „Wir werden ja hören und sehen, und dann wird es sich zeigen.“ Nun hat, wenn die „Daily News“ recht berichtet sind, der Reichskanzler gesehen und gehört und nun muß er zeigen, ob er wenigstens in dieser einen Frage die Wege der Vernunft beschreiten will.

Enthüllungen des Legationsrats a. D. vom Rath über die flottenpolitischen Anschauungen des verstorbenen Geheimrats v. Solst ein zeigen, daß man im Berliner Auswärtigen Amt zweierlei Meinungen über die deutsche Flottenpolitik auf Lager hat, einmal die mit großem Lärm vertretene, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liegt und ihm eine große Flotte bitter not tut, dann aber eine heimlich-geheimräthliche, nur zu den vertrauesten Freunden geäußerte, die sich mit der sozialdemokratischen Kritik geradezu wörtlich deckt. Herr v. Solstein, der seit Bismarcks Abgang der eigentliche Leiter der deutschen auswärtigen Politik war — soweit sie im Amt und nicht auf Reisen, bei Denkmalsenthüllungen gemacht wurde — hat im Jahre 1907 das deutsche Flottenfieber „eine gefährliche Krankheit“ genannt, die in der Finanzwirtschaft „unerträglich Ausgaben“ verursacht, in Süddeutschland Mißstimmung und in England Mißtrauen hervorgerufen habe. Ueber die Broschüre des Admirals Galtzer schrieb Herr v. Solstein an Herrn von Rath:

„Die Broschüre hat mich in hohem Maße interessiert. Ja, es kommt vor allem darauf an, die Lügenhaftigkeit des perfiden Sages klar zu machen: „Jedes Schiff mehr ist eine Vermehrung der Macht des Deutschen Reiches“, wenn jedes Schiff mehr der Anlaß ist, daß — von Frankreich nicht zu reden — England zwei Schiffe mehr baut. Wie stellt sich da die Vermehrung der deutschen Macht!? Einfaches Reden-egempe!“

Fast wörtlich — nur nicht so groß — haben sich unzählige Male sozialdemokratische Redner und Zeitungen ausgedrückt. Neu ist nur, daß der einflußreichste und wie allgemein zugegeben wurde, tüchtigste Mann des Auswärtigen Amtes im Geheimen genau ebenso gedacht hat. Und mit dieser Meinung stand Herr v. Solstein sicher nicht vereinzelt.

Wenn heute die englische Regierung mit neuen freundschaftlichen Vorschlägen an die deutsche Regierung herantritt, so kann sie der offenen Sympathie der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes gewiß sein. Würde die deutsche Regierung gegen den Willen dieser ungeheuren Mehrheit des Volkes, ja wider ihr eigenes besseres Wissen und Gewissen den Engländern abermals die Lüre vor der Nase zuschlagen, so würde sie damit eine weltgeschichtliche Schand auf sich laden, die für die Bureaufratsenschultern

des Herrn v. Bethmann-Hollweg viel zu schwer ist. Ueber Einzelheiten in der Art des gemeinsamen Vorgehens wird man ja gewiß fürs erste verschiedener Meinung sein dürfen, worauf es heute ankommt, das ist die ehrliche ohne Hinterhalt ausgesprochene grundsätzliche Bereitwilligkeit in der Flottenfrage den Weg der internationalen Verständigung zu beschreiten. Wenn sich die Regierungen der beiden Länder zusammen tun, um gemeinsam zu beraten, wie der weiteren unerträglichen Belastung der Völker mit unproduktiven Rüstungsausgaben vorzubeugen sei, dann wird der Druck der Volksstimmung auf beiden Seiten schon dafür sorgen, daß auch etwas Positives zustande kommt. Liegt doch schon in der freundschaftlichen Annäherung, die die Voraussetzung der gemeinsamen Beratung ist, schon ein Stück von des Räthfels Lösung. Schwindens Mißtrauen und Kriegsfurcht auf beiden Seiten, so muß auch der Rüstungseifer von selbst erlahmen.

Neueste Nachrichten.

Graf Hohenthal †.

Dresden, 30. Sept. Gestern Abend ist Graf v. Hohenthal und Bergen, der bis zum 1. Juli d. J. das sächsische Ministerium des Innern inne hatte, einem Leiden erlegen, das schon seit langem seine Kräfte zermürbte. Nicht mit freundlichen Gefühlen wird das sächsische Volk dem Sarg dieses Ministers nachbliden, denn sein Name steht unter dem infamen Pluralwahlgesetz, durch das vor nicht langem das infame Dreiklassenwahlgesetz abgelöst wurde. Solange dieses Wahlrecht dem sächsischen Volk wie ein drückendes Joch den Nacken wundschmerzt, so lange und länger noch wird der Name Hohenthal in den Massen Erbitterung und Unwillen wecken.

Die „Ruhe“ in Barcelona.

Paris, 30. Sept. Der „Matin“ meldet aus Barcelona: Gestern Abend explodierte in Malto eine Bombe, wodurch mehrere Häuser stark beschädigt und drei vorübergehende Personen verletzt wurden, darunter zwei schwer. Bereits gestern Morgen war im Arbeiterviertel von Malto ebenfalls eine Bombe explodiert, wodurch gleichfalls mehrere Personen verletzt wurden und größerer Sachschaden entstand.

Der grausame Muley Hafid.

Paris, 30. Sept. „Echo de Paris“ meldet aus Tanger: Briefe aus Fez besagen, daß Muley Hafid an mehreren gefangenen Anhängern des Roghi die grausame Salzfalter habe anwenden lassen.

Die Lage in Ungarn.

Wien, 1. Okt. Nach der gestrigen Audienz des ungarischen Ministerpräsidenten beim Kaiser ist die Situation folgende. Der Kaiser verlangt das Beibehalten der Koalitionsregierung bis zur vollständigen Durchführung des zwischen Krone und Koalition geschlossenen Paktes, andernfalls ist der Kaiser entschlossen, den ungarischen Reichstag aufzulösen und eine außerparlamentarische Regierung einzusetzen.

Kampf zwischen Soldaten und Räubern.

Konstantinopel, 1. Okt. Aus Bengasi wird gemeldet, daß in der tripolitaniischen Provinz Fessan im Bezirk der Stadt Gatron ein Kampf zwischen Soldaten und Räubern stattfand. Eine Anzahl Räuber wurden getötet und 15 gefangen genommen. Die Zahl der Räuber belief sich auf 300.

Albanien im Belagerungszustand.

Konstantinopel, 30. Sept. Von maßgebender Seite verlautet, daß Dschawid Pascha den Belagerungszustand über ganz Albanien zu verhängen gedenkt, um so die Entwaffnung der Aufständischen durchzuführen.

Paraguay vor der Revolution.

Buenos Aires, 30. Sept. Die Revolution, die schon seit einem Monat vorhanden ist, nahm in den letzten Tagen einen ernsteren Umfang an. Zahlreiche Banden bemächtigten sich verschiedener Punkte an der Grenze, so namentlich des Ortes Villa Franca, sowie Villa Litva, Pedro, Gonzales, Itajera, Itapern. Die Bewegung geht von der Coloradopartei aus, deren Haupt General Caballero ist. Die liberale Partei dürfte sich anschließen. Die Regierung von Paraguay stellte den telegraphischen Verkehr unter Zensur. Die Lage soll sehr bedenklich sein.

Zu dem furchtbaren Bauunglück in Konstanz

wird gemeldet: Das Unglück ereignete sich gestern morgen 1/8 Uhr an einem Neubau in der Turnierstraße. Wohl infolge des Regens löste sich an der Rückfront des Neubaus das Gerüst und stürzte zusammen, vier auf demselben beschäftigte Personen mit sich in die Tiefe reichend. Es sind dies die verheirateten Maurer Raibt, Bernhard und Gahn, sowie Bauunternehmer Adolf Heinemann. Die Verletzungen sind größtenteils sehr schwer, doch ist glücklicherweise eine direkte Lebensgefahr nicht vorhanden. Bauunternehmer Heinemann erlitt an beiden Beinen einen Unterschenkelbruch, der 48jährige Maurer Raibt schwere Verletzungen am Kopf und im Kreuz, der 48jährige Maurer Bernhard Verletzungen am Kopf und einen Armbruch, der 44jährige Maurer Gahn einen Oberschenkelbruch.

Gräßlich war das Geschehnis der Verletzten mit anzuhören und noch schmerzlicher die Klagen der Angehörigen der Verletzten, die sich schnell an der Unglücksstätte einfanden. Die Sanitätskolonne leistete unter Leitung des rasch herbeigeekelten Kolonnenarztes Dr. Guggenheim die erste Hilfe und legte den Verletzten Notverbände an, worauf dieselben in das Krankenhaus derbracht wurden. Zur Feststellung des Tatbestandes hatte sich sofort eine Gerichtskommission und die städtische Baukontrolle eingefunden. Ob das Gerüst mangelhaft verfertigt oder sonst irgend welche Fahrlässigkeit vorhanden war, wird die Untersuchung ergeben. Den Verletzten wendet sich allgemeine Teilnahme zu. Die Unfallstelle selbst war sofort von Neugierigen umlagert, von denen sich — es sei ihnen zum Lobe gesagt — ein großer Teil auch sofort an den Rettungsarbeiten und an der Unterbringung der Verletzten beteiligte.

Die sozialdemokratische Presse hat stets für eine wirksamere Baukontrolle plaidiert, namentlich für die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen. Wie viel muß denn eigentlich noch passieren, bis man unsern Rufen Gehör schenkt?

Qualvolle Monate

hat nach seiner Erzählung ein 16jähriges Mädchen hinter sich, das in Berlin in völlig erschöpftem Zustande aufgegriffen und ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Das Mädchen behauptet, von einem Spreeschiffer verschleppt und drei Monate in dessen Kahn verdeckt gehalten worden zu sein, wobei es in roher Weise mißhandelt wurde und Hunger litt. Als das Kind dann flüchten konnte, fiel es einem zweiten Wüstling, einem Arbeiter, in die Hände, der es weitere acht Tage in einer Laube verbarg, bis es sich auch diesem Feiniger durch die Flucht entziehen konnte.

Selbstmord eines 12 jähriges Mädchens.

Langenschwalbach, 28. Sept. Das 12jährige Mädchen Elisabeth Eichenauer endete um dreier Pfennige willen sein junges Leben. Diesen Betrag hatte es von seinem Großvater erhalten und vernachlässigt, weshalb der seinen Kindern gegenüber übergrenge Vater mit Züchtigung drohte. In seiner Angst sprang dann das Kind in den Brunnen, in dem es ertrank.

Die Frau gemordet.

Frag, 30. Sept. Der 65jährige Grundbesitzer Josef Gajsek aus Martiniß bei Starkenbach in Nordböhmen ermordete gemeinsam mit einem 64jährigen Mann namens Komarsch seine 60jährige Gattin durch Hiebe und Stiche mit einer Mistgabel. Als die beiden die Leiche verbergen wollten, wurden sie entdeckt und verhaftet.

Raubanfall auf eine Schauspielerin.

Frag, 30. Sept. Die Schauspielerin Ella Böhm vom Teplitzer Stadttheater wurde nachts auf dem Nachhausewege vom Theater in ihrer Wohnung in Teplitz überfallen und der gesamten Barschaft und der Wertgegenstände beraubt. Die Täter entkamen. Fräulein Böhm wurde leicht verletzt.

Ein neuer Magenspiegel. Auf einer der jüngsten Sitzungen der British Medical Association wurde ein neuer Magenspiegel gezeigt, der, wie seine Erfinder, ein paar Ärzte des London-Hospitals, behaupten, an Vollkommenheit mit dem Selbstholtschen Augenspiegel und dem Kehlkopfspiegel Garcias auf eine Stufe gestellt werden kann. Der Magen ist dem Arzt, weil er völlig im Innern des Körpers liegt, für das Auge sehr schwer zugänglich; der Magenspiegel besteht daher, wie der „Daily Telegraph“ ihn beschreibt, aus einer schlundsondenähnlichen Röhre, die im Innern ein verwickeltes System von Spiegeln und an ihrem unteren, drehbaren Rande eine kleine elektrische Lampe enthält. Blickt man nun in die obere Oeffnung des Magenspiegels hinein, so kann man durch Drehen von außenher alle Teile des Magens ablichten und so den Sitz von Geschwüren, Krebsgeschwülsten und anderen krankhaften Veränderungen erkennen, die sonst mühsam aus chemischen und physikalischen Proben diagnostiziert werden müssen. Vorläufig werden die Ärzte des London-Hospitals den Magenspiegel nur in der Martose an. Sie glauben jedoch, wenn die Technik der Anwendung erst weiter gediehen ist, die Martose entbehren zu können.

Politische Uebersicht.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayr. Landtages

hat beim Zusammentritt des bayerischen Landtages eine Interpellation eingebracht, in der bei der Regierung angefragt wird, ob ihr bekannt sei, daß die in der letzten Session gefaßten Beschlüsse, wonach die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in Staatsbetrieben und Militärwerkstätten beschäftigten Arbeiter geregelt und über die Verhältnisse einzelner Arbeiterkategorien in Privatindustrien Erhebungen gepflogen werden sollen, gar nicht oder nur ungenügend befolgt seien.

In einem zweiten Antrage wird die Regierung ersucht, in Rücksicht auf die hohen Lebensmittelpreise z. dem gesamten, nicht ständigen Personal aller Staatsbetriebe am 1. Januar 1910 eine Lohnzulage von 25 Pf., den Beamten mit unter 3000 Mk. Gehalt eine Zulage von 90 Mk. jährlich zu gewähren.

Die Kirche gegen die Sonntagswahlen.

In Bayern hat die Regierung auf Antrag der Sozialdemokraten seit 2 Jahren die vorkommenden Ersatzwahlen zum Landtage auf den Sonntag angesetzt. Das Zentrum, dem an seinen Arbeitertimmen doch sehr viel gelegen ist, hatte dies bestritten. Es wurden bereits eine Reihe von Wahlen an dem Tage vorgenommen.

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

Gerade in dieser Zeit geschah es, daß ein berühmter Universitätslehrer in der Residenz durch eine Monographie über den Typhus, die Franz in diesem Sommer herausgegeben hatte, an seinen feiner begabtesten Schüler erinnert wurde.

Er schrieb an Franz, um ihm zu diesem Werke, das von seinem durchdringenden Scharfsinn ebenso rühmliches Zeugnis ablegte, wie von seiner, bei einem so jungen Manne staunenswürdigem Gelehrsamkeit, zu gratulieren. — Aber, fuhr der Brief fort, indem ich Ihnen im Namen der Wissenschaft für Ihr Buch danke, erlaube ich mir zugleich, Ihnen einen Vorschlag zu machen, den ich in eben so schleunige, wie ernste Erwägung zu ziehen bitte.

Franz hatte geantwortet — aber ohne mit seinem Schwiggerbater gesprochen zu haben. Er hatte das Anerbieten, dessen Vorteile ihm natürlich nicht entgangen waren, abgelehnt. Die Karriere, in welche man ihn hineinwollte, war, obgleich sie dem Manne der Wissenschaft die besten Chancen bot und auch schließlich den weltlichen Ehrgeiz glänzend zu befriedigen versprach, doch für die ersten Jahre voraussichtlich nicht nur sehr wenig lukrativ, sondern erbeischte ein unabhängiges, wenn auch kleines Vermögen, das Franz — seit einigen Tagen nicht

schier ein solcher Beschluß der Generalynode dienen. Man werde hinweisen auf die katholische Kirche, die sich in dieser Angelegenheit bisher ausgesprochen hat und sagen: Seht, so erdwert es euch Protestanten eure Kirche, das auch Arbeitern allen teure Wahlrecht auszuüben. Schließlich wurde beschlossen, gegen die Vornahme der Ersatzwahlen an Sonntagen nichts einzuwenden, wenn die Wahlzeit so gelegt werde, daß der Kirchenbesuch keine Einbuße erleidet; dagegen verlangt die Generalynode, daß die allgemeinen Wahlen nur am Werktag stattfinden sollen.

Die Erträge der neuen Steuern

werden in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wie folgt angegeben: Die Brausteuern, die im Juli 3,5 Millionen ergeben hatte, warf im August 4,40 Millionen Mk. ab. Bei der Schaumweinsteuer stiegen die Erträge von 700 000 Mark im Juli auf 1 Million im August. Der Ertrag der Zigarettensteuer stieg im Juli bis August von etwa 1 Million bis 2 Millionen Mk., die Zinsbogensteuer hat etwa 120 000 Mk. erbracht. Die Einnahmen aus dem Stempel für Grundstücksübertragungen betragen im August annähernd 50 000 Mk.

Ausland.

Vom Kampf in Schweden. Die Verhandlungen in Stockholm sind nunmehr endgiltig gescheitert. Die Gewerkschaftsvorstände haben die Bedingungen der Unternehmer als unannehmbar abgelehnt. Dazu trug auch nicht wenigstens die von den Verwaltungsbeamten im Auftrage der Regierung entworfene Verhandlungsordnung für künftige Konflikte bei, die ein Attentat auf die Selbständigkeit der Arbeiterorganisation bedeutet.

Diese Forderungen der Großindustriellen haben aber auch eine andere Bedeutung. Die Großindustriellen betrachten den jetzigen Zeitpunkt als für ihre Pläne äußerst günstig. Nachdem der Kampf nun bereits 2 Monate dauert, ist nämlich die kleine und mittlere Industrie bereits dermaßen in Mitleidenschaft gezogen, daß in aller nächster Zeit zahlreiche Konkurse zu erwarten stehen. Aus dieser Tatsache hoffen die Großindustriellen besondere Extraprofite herauszuholen, weil dadurch der Konzentration des Kapitals in Schweden Vorstoß geleistet wird.

Die schwedischen Gewerkschaften sind entschlossen, mit aller Kraft, die die schwedischen Arbeiter entfalten können, den Kampf fortzuführen, und sie hoffen dabei, daß die ausländischen Brüder ihnen nach wie vor zur Seite stehen werden, um sie nach Möglichkeit vor dem Hunger zu schützen. In dieser Hoffnung dürften die schwedischen Arbeiter, soweit Deutschland in Frage kommt, nicht getäuscht werden.

Ein katholischer Sozialist. Wie „Appeal to Reason“ berichtet, ist der bisherige Herausgeber des „Manjan Reader“, einer der angesehensten katholischen Publikationen, zum Sozialismus übergetreten. Er erzählt selbst, daß er, wie die andern katholischen Redakteure, früher den Sozialismus bekämpft habe, ohne ihn zu kennen. Als ihm die sozialistische Presse vorgestellt wurde, habe er abgelehnt, sie zu lesen, ja die Ansicht verfochten, sie dürfe von der Post nicht befördert werden.

Dann fing er an, sie zu lesen, um ihre Unsinnsigkeit klarlegen zu können. Und dabei ging es ihm, wie es christlichen Leuten mit offenen Augen und offenem Herzen bei diesem Studium immer gehen wird. Er wird demnächst den Gang seiner Entwicklung in einer Nummer des „A. t.“ die allen katholischen Priestern und womöglich auch den Laien zugestellt werden soll, eingehend darlegen.

Kapitalistische Welteroberungspläne. In China hat Morgan, der Leiter des amerikanischen Stahltrusts, wunderbares Neuland für kapitalistische Ausbeutung entdeckt. Er hat auf einer Studienreise nur 2 modern eingerichtete Betriebe der Metallindustrie gefunden und sieht da ein weites Feld der Entwicklung. Die Löhne der Chinesen sind nämlich so wunderbar

niedrig, daß einem Kapitalisten das Herz vor Behmut und Lust vergehen möchte. Walzenarbeiter verdienen 17 bis 25 Mk., Ofenarbeiter 25, Hilfsarbeiter 17 bis 21 Mk., Schmiede 31, 50 bis 42 Mk. im Monat! Das sind Löhne, wie gelehrte Arbeiter in Amerika sie in 2-3 Tagen verdienen. Frauen verdienen gar nur 21 Pfennig im Tag! Also auf nach China! Schon soll der Staatssekretär Krog, bemerkt dazu das sozialistische Wochenblatt „Appeal to Reason“ („Aufruf zur Vermunft“) erklärt haben: „Unsere Politik in Ostasien heißt: Der amerikanische Dollar, dahinter der amerikanische Mann und hinter beiden amerikanische Regierung.“ Sider.

Badische Politik.

Die Karlsruher Blockkandidaten

geben sich große Mühe, den Mittelständlern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zu diesem Zwecke wird in den Wahlversammlungen vornehmlich in „Mittelstandspolitik“ gemacht. Dabei spielt die Frage des Schuldenabzugs bei der Gemeindebesteuerung eine Hauptrolle. Auch der freisinnige Herr Fröhlich geht mit dem Schuldenabzug krefhen, wobei er gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf erhebt, sie sei in dieser Frage i. Zt. unangefallen und heute noch unsicher.

Wir wissen nicht, ob Herr Fröhlich sich mit der Frage des Schuldenabzugs so intensiv beschäftigt hat, daß er gegen jeden Umfall gefeit ist. Herr Fröhlich ist einflußreich für den Schuldenabzug; in welcher Höhe er für den Schuldenabzug ist, darüber haben wir von ihm noch nichts erfahren. Tatsache ist, daß der Schuldenabzug bei der Gemeindebesteuerung von den einschneidendsten Folgen ist. Ein 50prozentiger Schuldenabzug, wie er bei der staatlichen Vermögenssteuer zugelassen ist, würde bei der Gemeindebesteuerung den Verlust von fast der Hälfte des bisher versteuerten Grund- und Hauskapitals zur Folge haben. Ob die Hausbesitzer durch den Schuldenabzug besser fahren würden, ist noch sehr die Frage. Dieses Problem des Schuldenabzugs muß sehr gründlich und mit großer Vorsicht behandelt werden, wenn nicht Fehler gemacht werden sollen, durch welche die Schattenseiten der Schuldenbesteuerung noch weit übertrieben werden. Eben deshalb hätte auch Herr Fröhlich alle Veranlassung, mit seiner Kritik gegenüber anderen Parteien vorsichtiger zu sein. Er mag sich erst einmal der Mühe unterziehen, das einschlägige Material zu studieren, ehe er in den Wahlversammlungen mit dem Schuldenabzug gegen die Sozialdemokratie krefhen geht.

Was den Generallstreik betrifft, so scheint es, als ob Herr Fröhlich einigermaßen darum verlegen sei, was er gegen die Sozialdemokratie sagen soll. Herr Fröhlich scheint den Unterschied zwischen dem politischen Generallstreik zum Schutze der Klassenherrschaft und dem gewerkschaftlichen Generallstreik zur Abwehr von Gewaltmaßnahmen des Unternehmertums nicht zu kennen, sonst hätte er seine Bemerkungen gegen die „widerspruchsvolle“ Haltung des „Volksfreund“ und der badischen Sozialdemokratie unterlassen. Der schwedische Generallstreik wurde den schwedischen Arbeitern von den dortigen Unternehmern aufgezwungen. Die schwedischen Arbeiter kämpften um das Recht der Koalition. Es handelt sich in diesem Kampfe um Sein oder Nichtsein der schwedischen Gewerkschaften. In diesem Kampfe die schwedischen Arbeiter nach besten Kräften zu unterstützen, ist Pflicht aller Arbeiter der Welt, denn — wenn es den schwedischen Unternehmern gelingen würde, den dortigen Gewerkschaften den Todesstoß zu versetzen, so wäre dies das Signal für die Unternehmung in anderen Ländern, daselbe zu versuchen.

Für solche Fragen mag Herrn Fröhlich das nötige Verständnis fehlen, denn der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter berührt ihn persönlich nicht. Aber dann mag er auch gefälligst solche Fragen bei seinen Wahlreden aus dem Spiele lassen, sie haben ohnehin absolut nichts mit der badischen Landtagswahl zu tun.

mehr besaß. Er hatte sich durch seine Großmut in die Lage gebracht, in einer Zeit, die er notwendig noch zu seiner wissenschaftlichen Fortbildung bedurfte, auf den Gelderwerb bedacht sein zu müssen. Und zu diesem Zwecke war Grünwald und die Situation, in welcher er sich hier als Schwiegerjohn des geschäftigen Arztes befand, ausnehmend geeignet. Deshalb — fuhr wohl du glänzende Spiegelung von einem in der Fülle geistiger Arbeit und geistigen Genusses mächtig dahinaufgehenden Lebens!

„Weg du Traum, so hold du bist, Hier auch Lieb' und Leben ist.“

So tröstete sich Franz, während er den geliebtesten Menschen seinen Ehrgeiz, seine Hoffnungen zum Opfer brachte, und seine größte Sorge war nun die, daß diese geliebtesten Menschen, vor allem seine Braut, nicht etwas von diesem Opfer erfahren.

Diese Sorge schien indessen unnötig. Sophie erklärte sich die Wolken, die sich auf Franz' Stirn in Augenblicken, wo er sich unbeobachtet glaubte, lagerten, einfach aus der Ueberlast seiner ärztlichen Geschäfte, und seine häufigen langen Zusammenkünfte mit dem Vater aus demselben Grunde. Seitdem der Zustand des Vaters keine direkte Besorgnis mehr einflößte, war der glückliche leichte Sinn Sophiens wieder in seine Rechte getreten. Sie besorgte emsig ihre Aussteuer und Flage gegen Franz in komischer Weise über den Wirtswart, der durch die gleichzeitige Versorgung zu vieler und so verschiedenartiger Dinge in ihrem Kopf hervorgebracht wurde. Wie sehr würde die frohe Laune, deren sie sich in dieser Zeit erfreute, wo sie sich, wie ein junges, zwitscherndes, flatterndes Vögelchen, ihr Nest zusammenzutrag, gestört worden sein, wenn sie die Verhandlungen zwischen dem Vater und Franz mit angehört; wenn sie erfahren hätte, daß das Geld, mit dem sie heiteren Mutes die langen Rechnungen bezahlte, aus Franz' Kasse floß! Ueber den Nummer, bis zu dem Termin ihrer Hochzeit, auf dessen Innehaltung Franz mit einer bei ihm ganz ungewöhnlichen Hartnäckigkeit bestand, nicht fertig zu werden, hatte sie sich mittlerweile getötet; ja im Grunde hatte sie das Unglück, mit einigen Duzend noch nicht gesäumter oder gezeichneten Handtücher, Tischtücher, Servietten mehr oder weniger ihre Wirtschaft anzufangen, niemals für ein so großes gehalten.

So war denn für Sophie in dieser Sturm- und Drang-

periode nichts empfindlicher, als daß der trauliche Zirkel, der sich allabendlich um den Kamin des Wohnzimmer zu versammeln pflegte, so gut wie gestört war. Der Vater mußte, obgleich er jetzt jeden Tag länger aufblieb, doch sehr früh sein Lager aufsuchen; Franz war oft bis in die Nacht hinein in der Stadt, oder hatte in seiner Wohnung zu arbeiten; auch der dritte im Bunde, der alte Student, wie er sich selber nannte, Bemperein, ließ sich seit einiger Zeit nicht mehr sehen, so daß Sophie sich endlich selbst auf den Weg gemacht hatte, um ihn in seiner Wohnung aufzusuchen, da sie nicht anders glaubte, als er sei krank und Franz habe es ihr aus übertriebener Fürsichtigkeit verschwiegen. Aber sie fand den alten Studenten in seinem Laboratorium, mitten unter Büchern, Retorten, Nadeln und Instrumenten — anzuschauen, wenn nicht wie Faust, so doch wenigstens wie Fausts Faustus — jedenfalls sehr fleißig und beschäftigt, aber offenbar nicht lebensgefährlich krank. Bemperein entschuldigte sich mit seinen Arbeiten — eine sehr komplizierte chemische Analyse, bei der er sich nicht unterbrechen dürfe — wie Sophie wohl glauben könne, daß er etwas übel genommen habe! er, etwas übel nehmen! und Sophien übel nehmen! — es sei wirklich nur die Analyse schuld und zum Beweise werde er noch heute Abend zur gewöhnlichen Zeit kommen und die gewöhnliche Zeit dableiben.

Sophiens blaue Augen konnten, obgleich sie ein wenig kurzichtig waren, in der Nähe doch recht scharf sehen, und so war ihnen ein gewisser Schleier von Verlegenheit, der über Bempereins ehrlichem Gesichte hing, während er auf die langweilige Analyse schimpfte, nicht entgangen. Als nun die junge Dame langsam nach Haus schritt und darüber nachdachte, was wohl von Bempereins Fortleben der eigentliche Grund sein möchte, stieß sie, als sie um eine Straßenecke bog, beinahe an einen Herrn, der ihr sehr raschen Schrittes entgegenkam.

Bardon! sagte der Herr, an seinen Hut greifend und weiter eilend.

Es war Oswald Stein. Er hatte Sophie offenbar nicht erkannt.

Diese unerwartete Begegnung gab Sophiens Gedanken plötzlich eine andere Richtung. Es fiel ihr ein, daß Bemperein nicht wieder in ihrem Hause gewesen war, seitdem er Oswald, der eben mit Helene fortgehen wollte, dort

Eine Zentrumsvertrauensmännerversammlung

hat am Montag in Karlsruhe stattgefunden, in welcher Herr Wader die vom Zentrum zu beachtende Taktik bei den Landtagswahlen erörterte.

Landtagskandidaturen.

Donauessingen, Maurermeister und Gemeinderat Martin Meyer von Hüfingen wurde als Kandidat des 7. Wahlkreises Willingen-Donauessingen seitens der liberalen Partei aufgestellt.

Zur Zentrumsversammlung in Ettlingen

läßt sich der „Bad. Beobachter“ von seinem Berichterstatter jener Versammlung einen Entrüstungsartikel schreiben wegen unserer Behauptung, die Versammlung hätte nur zur Hälfte aus Zentrumsleuten bestanden.

Aber sei dem, wie ihm wolle. Der Streit um diese Frage ist nicht die Hauptsache bei dieser Versammlung; auch nicht der „Druckfehler“.

Das haben wir nicht in dem Sinne geschrieben, sondern diese Zwischenrufe einfach registriert. Daß sie von Zentrumsseite kommen, haben wir nicht gesagt.

Auch der „Bad. Landmann“, der unter den „Dii minorum gentium“ rangiert, läßt uns ebenfalls an, wie ein wütender

getroffen; daß die Begegnung der beiden Herren sehr kalt, fremdend kalt gewesen war, und daß Bempelerin, über sein Verhältnis mit Oswald gefragt, ausweichend geantwortet hatte.

Da Sophie von Bempelerins früherem Verhältnis zu Oswald nichts wußte, so war es erklärlich, daß sie trotz ihres Scharfsinns in ihren Vermutungen jetzt so weit am Ziel vorbeischoß.

Wenn Anastasius Bempelerin jemand, den er einmal hochgeschätzt und innig geliebt hatte, nicht mehr die Hand zum Gruß reichen mochte, so konnte man versichert sein, daß in die Milch seiner Denkungsart ein sehr starkes Gift geträufelt war.

Aber auch nur auf dieser sittlichen Höhe war das Verhältnis gerechtfertigt und möglich. Sank einer der beiden unter das Niveau, so waren beide verloren.

Und doch hatte sich dieser Zweifel an ihn herangefächelt, langsam, leise, wie sich im Traum ein grüliches Ungeheuer, dem wir vergebens zu entrinnen suchen, an uns herantastet.

„Scheerenschleifer“; er schreibt neben sonstigem blödsinnigem Zeug:

Interessant fand der „Volksfreund“ auch den „Hochzeitsfessel“ des Versammlungsvorsitzenden. Ein guter Red ist allerdings bei den Sozgen nicht allgemein üblich, manche bringen es auf ihre Hochzeit überhaupt zu keinem „Fessel“, und andere versehen ihn gleich wieder.

Im wesentlichen hat der „Scheerenschleifer“ recht; er ist nur zu dumm, um zu begreifen, warum sich die Arbeiter meistens keinen besseren Red leisten können. Er verhöhnt sie noch deshalb. Wenn die Arbeiter zum Teil ihren „Fessel“ versehen müßten, so ist an dieser traurigen Tatsache die Schulduberpolemik des Zentrums schuld, die dem armen Teufel den Lebensunterhalt derart verteuert, daß für einen „guten Red“ nichts mehr übrig bleibt.

Landtagswahl-Agitation.

Zeutschneureuth.

Am letzten Sonntag fanden in Zeutsch- und Belschneureuth Wählerversammlungen statt, die beide gut besucht waren. In Belschneureuth sprach zuerst der Kandidat Genosse Trinks über die kommenden Landtagswahlen und daran anschließend Genosse Marum über die Finanzreform.

Die nächste Versammlung findet am 17. Oktober statt in der „Krone“.

Hörden i. W.

Am Sonntag fand hier eine Zentrumsversammlung statt, die in aller Stille einberufen worden war. Als Referent war der Kandidat des Zentrums, Herr Dr. Jehnter, erschienen. Seine Rede bestand in einer abgekürzten Wiederholung seiner Wählerreden in Döffenburg.

„Das Zentrum wird keinen Pfennig an neuen Steuern bewilligen, ehe nicht die Branntweinsteuer gehessert wird; aus dieser stecken jetzt die großen Brennereien jährlich 50 Millionen in ihre Tasche und doch gehören diese Gelder den rechtswegen dem Reich!“

Das Zentrum glaubt eben seinen Wählern alles, auch den größten Humbug bieten zu können.

Noch vor einigen Tagen meinten unser Bürgermeister, der den Vorsitz in der Versammlung führte, daß Dr. Jehnter eigentlich nicht der geeignete Vertreter unseres Wahlkreises wäre, ein Mann aus dem Volke wäre besser.

Im 30. Landtagswahlkreis

fanden am verfloffenen Sonntag in den Orten Leutesheim und Auenheim öffentliche Versammlungen statt. Unser Kandidat, Gen. Seyel-Woderweier referierte über die Forderungen und Aufgaben der Sozialdemokratie im bad. Landtag.

33. Landtagswahlkreis.

Am Sonntag, den 26. September, fand nachmittags in Waldulm eine Wählerversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Unser Landtagskandidat Gen. Marxhoff sprach über die Finanzreform und die Landtagswahlen.

In beiden Orten fand keine Diskussion statt und dürfen wir auf einen Stimmengewinn sicher rechnen.

8. Wahlkreis (Donndorf-Waldshut).

Sehr gut besuchte sozialdemokratische Wählerversammlungen fanden in Stühlingen und Bühl (Amt Waldshut)

statt. Unser Kandidat Stadler und Parteisekretär Engler ernteten für ihre Ausführungen lebhaften Beifall. Bekletter ging mit dem Zentrum in Sachen der Reichsfinanzreform scharf ins Gericht. Diskussion fand nicht statt.

Letzten Sonntag fanden in Unteregglingen und Horheim sehr stark besuchte Wählerversammlungen statt. Unser Kandidat Stadler entwickelte sein Programm. Gen. Went-Waldshut referierte über die kommenden Landtagswahlen, Gen. Gangel-Waldshut über die Reichsfinanzreform und ernteten die Redner starken Beifall.

In Horheim trat in der Diskussion Herr Redakteur Kannamüller von der „Neuen Waldshuter Zeitung“ dem Genossen Gangel entgegen und suchte das Zentrum von seinen Sünden bezüglich der Reichsfinanzreform reinzuwaschen.

Wenn Herr Kannamüller in seinem Moniteur meint, daß die Versammlung in Horheim für uns deshalb einen Schaden hatte, weil zwei Drittel der Besucher Zentrumsleute gewesen seien, so können wir ihm verraten, daß es ja unsere Absicht war, gerade die Zentrumsleute in diese Versammlungen zu bekommen.

Kein-Laufenburg (10. Wahlkreis).

Zum erstenmal konnte am Montag Abend eine Versammlung hier abgehalten werden im Gasthaus zum „Sternen“. Gen. Zumbel referierte über „Die politische Lage im Reich und die kommenden Landtagswahlen“.

Beuggen.

Bezugnehmend auf den in Nr. 221 des „Volksfreund“ erschienenen Bericht über die sozialdemokratische Versammlung in Ratgau ersuche ich die Redaktion um gefl. Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist un wahr, daß der katholische Pfarrer nach Schluß der Sonntagspredigt die Kirchenbesucher auf die sozialdemokratische Versammlung aufmerksam machte und die Leute aufforderte, zahlreich die Versammlung zu besuchen, es werde dort sehr interessant werden.

Gewerkschaftliches.

Die Elektromonture in Dresden sind in Streik getreten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Von Seiten des Ortskartells Mörsch schreibt man uns: Da nach Mörsch viel Wirtwaren von Karlsruhe geliefert werden und zwar nur solche, welche in Geschäften fabriziert werden, welche die Forderungen der organisierten Metzgergehilfen noch nicht anerkannt haben, so eruchen wir die hiesige Arbeiterchaft, beim Einkauf von Wirtwaren darauf zu achten, daß keine Karlsruher Wurst gekauft wird.

Kommunalpolitik.

Was die badische Landwirtschaftskammer verlangt.

In der Korrespondenz der Landwirtschaftskammer, welche den Zeitungen aller politischen Richtungen zugeht, wird mitgeteilt:

Zurzeit wird den Gemeindeverwaltungen des Landes von den Bezirksämtern die Frage vorgelegt, ob die angzufordernden Beiträge für die Landwirtschaftskammer von den einzelnen Beitragspflichtigen erhoben oder wie vielfach bei der Handwerkskammer von der Gemeindekasse bezahlt und auf die Gemeindeumlage übernommen werden sollen.

Das klingt ganz harmlos, bedeutet aber gar nichts mehr und nichts weniger, als daß die Beiträge zur Landwirtschaftskammer ganz allgemein aus dem Gemeindehaushalt bezahlt werden sollen. Dagegen müssen wir protestieren. Es ist nicht wahr, daß sich die zur Landwirtschaftskammer Beitragspflichtigen ganz allgemein mit den Einwohnern der Gemeinde überhaupt decken. Das trifft nur auf ganz wenige Gemeinden zu.

Aus der Partei.

Was aus Hans Blum geworden ist, darüber schreibt Gen. Weber der 'Leipziger Volkszeitung': Robert Blum ungeratener Sohn Hans Blum wanderte, nachdem er durch die Abergrenzung der Advoakatur in Deutschland unmöglich geworden war, nach der Schweiz aus. Dort hat er in Heinfelden eine Pfgarrenfabrik eröffnet, die ihn offenbar zu einem vermögenden Mann machte. Vor einigen Wochen kündigte er in Schweizer Zeitungen eine freiwillige Versteigerung seiner Wohnung an, die aus zwei größeren Fabrik- und Magazingebäuden, Wohnung, Bureau und Anbauten, einer prächtigen Villa mit Parkanlagen, Matt- und Waldland und einer Wasserkraft von 18-HP. besteht, amtlich geschätzt auf 217 000 Frant.

Maffsch, 30. Sept. Sozialdem. Verein. Am Samstag, 2. Okt. abends halb 9 Uhr, findet eine Versammlung statt. Wir erwarten, daß die Mitglieder es sich zur Pflicht machen, namentlich jetzt, während des Wahlkampfes, vollständig zu erscheinen.

46. Landtagswahlkreis (Pforzheim - Ettlingen - Durlach). Nächsten Sonntag finden Versammlungen statt in Grünwettersbach im 'Aler', abends halb 6 Uhr; Hohenwettersbach in der 'Hochburg', halb 8 Uhr; Unter- und Muffelsbach im 'Lamm', halb 6 Uhr; Obermuffelsbach im 'Baum', halb 8 Uhr; Ellmendingen im 'Löwen', halb 8 Uhr; Dietershausen im 'Aler', halb 6 Uhr.

Die Parteigenossen ersuchen wir, für zahlreiche Besuch der Versammlungen Sorge tragen zu wollen.

Badische Chronik.

Ettlingen.

Wir machen nochmals auf die heute Abend bei Trautstattfindende öffentliche Volksversammlung aufmerksam. Referent ist Gen. Rechtsanwalt Dr. Kullmann.

Baden-Baden.

Ein Mammuthahn wurde vorgestern in der Lettegrube der Dampfsegelei Fr. Hettler in Steinbach freigelegt. Derselbe hat eine Länge von 2,60 Meter und 16 Zentimeter Durchmesser.

Offenburg.

Zur Eröffnung des Landtagswahlkampfes finden am Samstag Abend drei Versammlungen statt. Parteigenossen, agitiert überall für starken Besuch derselben. Die Genossen A. B. G. M. O. S. und Seiler werden sprechen. Näheres siehe Inserat.

Das Gewerkschaftskartell hält, wie aus dem Inseratenteil ersichtlich ist, am Sonntag im 'Aler' eine Abendunterhaltung ab. Hierzu sind die Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen mit ihren Familienangehörigen, sowie Freunde der Arbeitersache freundlich eingeladen. Das Programm ist ein reichhaltiges und verspricht einen genussreichen Abend. Zum Schluß findet Tanz mit Reichmusik statt. Die Gewerkschaftsmitglieder werden ersucht, in ihren Bekanntenkreisen für guten Besuch zu agitieren.

Bühlertal, 29. Sept. Langfinger. Am Sonntag, den 28. d. M. nachts, wurde auf dem 'Buckkopf' im Hotel ein Diebstahl ausgeführt und zwar stahlen die Langfinger den Schokoladenautomat und erbrachen denselben im nahen Aderfeld. Sie nahmen den Inhalt von 86 Mk. und Bonbons fort. Den Automat ließen sie dann liegen und verschwanden. Von den Tätern fehlt jede Spur. Der Besitzer, Herr Alois Haller, ist schon öfters mit dazartigen Besuchen 'beehrt' worden, so daß es zu wünschen wäre, wenn den Räubern einmal das Handwerk gelegt würde.

St. Georgen, 29. Sept. Taschendieb. Dem Hotelbieri des Gasthauses zum 'Aler' sind gestern Abend, während er am Bahnhof auf einer Bank eingeschlafen war, ca. 250 Mk. entwendet worden. Der Bestohlene hatte seinen Lohn vor längerer Zeit abgehoben und trug diesen bei sich. Unter der Bank fand man den Geldbeutel und einige Mark in borer Münze.

Zweibr., 30. Sept. Wegen dringenden Verdachts der Brandstiftung am 26. d. M. im Zimmermannsingen Kaufe in der Schonacher Vorstadt wurde der Dachbeder Salomon Schöner von Schonach, der als Schlafgänger in dem Hause wohnte, gestern von der Gendarmerie hier festgenommen.

Ettlingen, 30. Sept. Unglücksfall. Der 15jährige Sohn des Kaufmanns J. Lyon dahier geriet mit seinem Zweirad auf der Straße nach Mühlweier unter ein Holzfuhrwerk und wurde so schwer verletzt, daß er alsbald starb.

Nadolsch, 29. Sept. Vom See. Da allgemein die dauernde Stationierung eines Motorbootes am Untersee gewünscht wird, um mit Konstanz in Verbindung zu bleiben, bedachte dieser Tage ein Inspektionsboot der Motorbootgesellschaft Konstanz den Untersee zwecks Prüfung der Angelegenheit. Es steht zu hoffen, daß dem Wunsche Rechnung getragen wird. Ein regelmäßiger Kurs zwischen Konstanz und Rammern soll, wie man hört, eingerichtet werden.

Aus Freiburg.

Freiburg, 30. Sept.

Sozialdem. Verein. Wir machen die Parteigenossen auf die Vereinsversammlung aufmerksam. Die Landtagswahl rückt näher, da muß jeder seine Pflicht tun. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Der Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter veranlaßt zurzeit allgemeine Agitationsversammlungen. Der Zweck derselben soll sein, das große Heer der indifferenten Kollegen und Kolleginnen speziell in der Wäscheindustrie dem Verbande zuzuführen. Wenn auch das Heer hier nicht groß ist, so haben wir doch eine ganze Anzahl Kollegen in der Herrenmähbranche, welche unbedingt für uns zu gewinnen sind, denn mit der Sympathie allein ist's nicht gemacht. Gerade die jetzige Zeit ist am allerwenigsten dazu angetan, mit verschämten Armen der Zukunft entgegenzusehen, wo der arbeitenden Masse der letzte Rest ihrer wirtschaftlichen Errungenschaften, dank der politischen Arbeit reaktionärer Parteien wieder genommen wird.

Auch das Gebahren der hiesigen Ortsgruppe des Arbeiterverbandes für das Schneidergewerbe in jüngster Zeit gibt uns einen Fingerzeig, wohin nächstes Frühjahr die Fahrt gehen soll, falls wir nicht Mannes genug sind, unsere Position zu verteidigen. Dazu gehört in erster Linie

eine straffe Organisation. Deshalb beruft die unterzeichnete Ortsverwaltung für Samstag, 2. Oktober, eine öffentliche Versammlung nach dem 'Storch', Schiffstraße, ein. Als Referent ist Kollege Stahl aus Stuttgart gewonnen worden.

Nicht nur die Pflicht, sondern auch die Notwendigkeit bedingt es, daß jeder Kollege die Säumnigen aus ihrer Letargie aufrüttelt und sie in die Berufsorganisation bringt. Denn nur durch die Geschlossenheit ist es möglich, etwas Ersprießliches für unsere Sache zu leisten. Darum komme jeder in die Versammlung. Beginn präzis halb 9 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Ein Jubiläum. Die Bürgerauschüßung, welche am Montag stattfindet, gilt gewissermaßen als Ehrung des Obmanns vom Stadtverordnetenvorstand. Herr Rau bekleidet jetzt seit 25 Jahren die Würde eines Stadtverordneten. Im Anschluß an die Bürgerauschüßung findet im Kaffeehaus Kopf ein Frühstück statt, zu welchem der Bürgermeister die Stadträte und Stadtverordneten einladet.

Wenn wir auch mit Herrn Rau nicht immer einverstanden waren, wenn wir besonders seine Stellung zum Volkshaus, zum Rheinstraßentempel und zu andern Projekten der Stadt bedauern, so muß doch anerkannt werden, daß Herr Rau sehr viel Zeit und Arbeit in Dienste der Stadt geopfert hat und niemand wird sein ehrliches Bestreben, der Stadt zu dienen, in Abrede stellen. Herr Rau hat oft einen andern Standpunkt eingenommen wie der Stadtrat und blieb seiner Meinung auch treu, wenn ihn der Bürgerauschüß im Stich ließ.

Ein Beleidigungsprozeß findet heute Freitag hier seine Erledigung. Derselbe hat auch noch einen politischen Beigeschmack. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen bildete sich hier eine Bürgervereinigung, welche damals einen heftigen Wahlkampf gegen die politischen Parteien führte. Etwa dreißig Stadtverordnete wurden von dieser Vereinigung gewählt. Ein Herr Löwenthal fiel aber durch. Offenbar haben einige antisemitisch veranlagte Gemüter an dem Namen Anstoß genommen. Bald gab es Unstimmigkeiten in der Vereinigung; Löwenthal war über den Durchfall offenbar verärgert und kritisierte die Tätigkeit des Vorsitzenden der Vereinigung. Bei der Vorstandswahl erlitt Löwenthal eine richtige Schlappe, indem die von ihm protegierte Liste für die Vorstanderschaft nur wenige Stimmen erhielt. Darauf trat er mit seinem Anhang aus. Einige Stadtverordnete, meistens solche, die politisch zum Zentrum gehören, sondern sich ab. Es kam dann zu langen Erklärungen in der Presse, wodurch sich Löwenthal beleidigt fühlte. Er klagte gegen die 11 Vorstandsmitglieder. Zur Verhandlung erschienen heute: Der Kläger, 11 Angeklagte, 25 Zeugen und 7 Rechtsanwälte. Da der Schöffengerichtssaal zu klein wäre, findet die Verhandlung im Strafammeraal statt. Ein großer Teil der Zeugen soll über die eigenartigen Geschäftspraktiken und Charaktereigenschaften des Herrn Löwenthal aussagen.

Aus der Residenz.

*Karlsruhe, 1. Okt.

Wahlversammlung in der Südstadt.

Am Montag Abend findet im Restaurant 'Einigkeit', Ecke Wilhelm- und Luisenstraße, eine Wählerversammlung statt. Genosse A. Weizmann wird über den Wahlkampf und unsere Gegner sprechen. Wir weisen schon heute auf die Notwendigkeit hin, diese Versammlung gut zu besuchen.

Die Stimmzettel für die Landtagswahlen.

müssen 9 Zentimeter breit und 12 Zentimeter lang sein, nicht, wie gestern berichtet, 12 x 15. Diese letztere Größe ist die der Kuberts. Wir bitten die in Betracht kommenden Parteinstanzen, obige Angabe zu beachten.

Eine liberale Blockversammlung

fand vorgestern Abend in der 'Rose' statt, in welcher der Blockkandidat für den Landtagswahlkreis Karlsruhe-West, Herr Rechtsanwalt Fröhlich, zu den Wählern sprach. Die Versammlung war von circa 100 Personen besucht. Herr Fröhlich gab zunächst eine großangelegte Uebersicht über die deutsche Reichspolitik und beschäftigte sich alsdann mit der badischen Politik. Er nahm die einzelnen Minister der Reize nach vor, zuletzt den Eisenbahnminister, der bei der Kritik am schlechtesten weggekommen ist. Die Art und Weise, wie der Redner diese Fragen behandelte, zeigte, daß Herr Fröhlich ein erfahrener und fortschrittlich gesinnter Politiker ist, mit dem man ein gut Stück Weg weit zusammengehen kann. Aber nach der wirtschaftlichen Seite hin leidet er absolut an der bürgerlichen Auffassung fest. Er ist der Meinung, wie er sich ausdrückte, daß sich alle Interessen auf einem Punkte treffen und das ist ein Umding. Man kann nicht alles und alles vertreten wollen. Es ist das eine Zentrumsphäre, durch die sich nur diejenigen fangen lassen, die die wirtschaftliche Struktur der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen nicht veranlagt sind. Bei dieser 'Alles und Allesvertreterei' kommt der wirtschaftlich schwächere Teil des Volkes, und das sind 85 Prozent, stets zu kurz.

Mit der Sozialdemokratie befaßte sich Herr Fröhlich nur in zwei Punkten. Erstens bei der Frage des Generalstreiks. Er meinte, wer täglich den 'Volkshaus' liest, der entnimmt, daß derselbe und mit ihm die badische Sozialdemokratie theoretisch den Generalstreik als ein unglückseliges Phantom verwirft. Jetzt aber beim schwedischen Generalstreik hätte sich gezeigt, daß der 'Volkshaus' und die badische Sozialdemokratie umgekehrt hat und den Generalstreiksgedanken plötzlich propagiert und unterstützt. Es sei heute an die badische Sozialdemokratie die Frage zu richten: Wie stellt ihr euch endgültig zum Generalstreik? Dann der Schuldensatzung bei Grundstücken für die Gemeindeförderung. Bei dieser Frage sei die Sozialdemokratie ein 'unsicherer Kantoniist'. Die sozialdemokratische Fraktion habe sich im letzten Landtag sehr widerspruchsvoll verhalten. Wir geben Herrn Fröhlich auf diese beiden Punkte in einem besondern Artikel der heutigen Nummer Antwort.

Über diese Fragen heben jetzt nicht im Vordergrund des Interesses, sondern die Finanzreform, die Herr Fröhlich auf bei der Reichspolitik scharf verurteilt. Aber das muß den liberalen Blockpolitikern doch gesagt werden: Das liberale Blockfeuerbulet ist, abgesehen von der Erbschaftsteuer, auch nicht viel mehr wert wie dasjenige des 'Schnapshocks'. Es enthielt auch 400 Millionen indirekter Steuern und nur durch einen ungewollten Glückszufall sind die freisinnigen davor bewahrt geblieben, diese Belastung voll auf ihr Schuldbüchlein nehmen zu müssen. Herr Fröhlich wird um die Verantwortung über die

Steuerwilligkeit des liberalen Blocks bei dieser Wahl nicht herumkommen.

In der Diskussion sprachen noch Malermeister Lacroix, Domänensekretär Vajamb (jungliberal) und Professor Hummel (Demokrat), sämtlich zugunsten der Kandidatur Fröhlich.

Selbst, was helfen mag!

Das ist der Weisheit letzter Schluß bei der Leitung der Karlsruher Metzger-Zinnung. Mit der unermünten Haltung gegenüber der Arbeiterschaft hatte sich die Zinnung in die Tinte gesetzt; das Begleichen der Wirkungen des Boykotts, das Anfehen des Publikums um Hilfe, die Gefälligkeit der gelben Auch-Gehilfen, alles, alles war vergebens, den Eigensinn aber will man auch nicht brechen, da als letzter Retter in der Not kommt der deutsche Fleischerverband, die Zentralorganisation der Unternehmer. Sie ist von der Karlsruher Zinnung angerufen. Schneidig, wie eine Metzgermeister-Organisation sein muß, versendet sie an die Firmen, welche den Tarif mit den Gehilfen vereinbart haben, folgenden Schreibbrief:

Auf Grund des Beschlusses der von den südwestdeutschen Fleischerinnungen eingesetzten Reuner-Kommission, die unter Mitwirkung der Geschäftsstelle des Verbandes in Sachen des Boykotts am Freitag dori zu einer Beratung zusammengetreten ist, habe ich die Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Sie durch den Abschluß eines Tarifvertrags, speziell durch die Neueingehung Mitte August dieses Jahres die Mitglieder der Fleischerzinnung Karlsruhe direkt und indirekt schwer schädigen, direkt, indem Sie die Durchführung eines Boykotts der Zinnungsmittglieder ermöglichen, indirekt, indem Sie es der Zinnung schwer, fast unmöglich machen, die Bewegung auf Abschluß eines allgemeinen Tarifvertrags abzuwehren.

Ein solches Verhalten schädigt den Ruf und das Ansehen des Gewerbes nicht nur lokal, sondern allgemein, wie wir die Abwehr des Anschlags des Gewerkschaftskartells auch als allgemeine Sache des Gewerbes betrachten.

Zinnung und Verband haben die Pflicht, das Ansehen des Gewerbes zu wahren und zu fördern. Da Ihr Verhalten dem zuwiderläuft, ersuche ich Sie hierdurch ebenso dringend wie nachdrücklich,

den von Ihnen eingegangenen Tarifvertrag binnen 8 Tagen aufzugeben, andernfalls müßte ich Ihren Ausschluß aus der Fleischerzinnung und deren Nebeneinrichtungen veranlassen.

Auch würde ich in diesem Falle nicht verfehlen, durch Bekanntgabe der Tatsachen dafür zu sorgen, Ihr Verhalten der großen Öffentlichkeit gegenüber ins richtige Licht zu setzen und auch den staatlichen und städtischen Behörden unter Hinweis auf die dolose Handlungsweise und Ihren gewerkefeindlichen Standpunkt nachzugehen, bei Vergebung von Lieferungen hierauf Rücksicht zu nehmen.

Weitere Maßregeln behalte ich mir vor. Mit vorzüglicher Hochachtung!

Der Vorstand des Deutschen Fleischer-Verbandes: Karl Marx, Vorsitzender.

Der Herr Karl Marx — sonderbar, daß ein Mann dieses Namens Vorstand des sozialistischeren Fleischerverbandes sein darf — ist offenbar ein sehr schneidiger Herr, in Punkto Klugheit aber verdient er sich keine bessere Note als die Herren von der Karlsruher Zinnungsleitung. Der Herr Karl Marx in Frankfurt hätte sich doch sonst sagen müssen, daß die Aufhebung eines Tarifvertrags binnen acht Tagen keine so einfache Sache ist. Freilich scheint er der Meinung zu sein, daß ein gegebenes Wort, eine gegebene Unterschrift den Arbeitern gegenüber nicht gehalten zu werden braucht. Die Inhaber der Karlsruher Tarifgeschäfte sind dem Herrn Karl Marx aber nicht nur in Punkto Klugheit, sondern auch in der Rücksicht über den Wert eines gegebenen Wortes über. Die Wirkung des Karl Marx'schen Schreibbriefes war in der Folge eine ganz ungeahnte. Die hiesigen Tariffirmen haben ihren Gehilfen Kenntnis von dem Schreibbrief gegeben und erklärt, daß sie denselben unberücksichtigt lassen werden. Die Bedrohung mit dem Ausschluß aus der Fleischer-Zinnung und den Nebeneinrichtungen der Zinnung hat die erhoffte Wirkung nicht gehabt, dagegen wird sich hoffentlich die Aufsichtsbehörde der Zinnung endlich veranlassen, der Zinnung ihr ungesetzliches Verhalten zu untersagen. Die Denunziation bei den staatlichen und städtischen Behörden wird ebenfalls nichts nützen. Dagegen dürfte die Frage nicht uninteressant sein, ob in dem Schreibbrief des Herrn Karl Marx aus Frankfurt nicht der Tatbestand des § 253 unseres Strafgesetzbuches enthalten ist. Der in dem Marx'schen Schreiben zum Ausdruck gekommene Terror der Meisterorganisation ist für die Arbeiterorganisationen sehr wertvoll. Das muß man sich für passende Gelegenheiten merken.

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Es ist eine moralische Pflicht für euch alle, die um geordnete Arbeitsverhältnisse kämpfenden Metzgergehilfen dadurch zu unterstützen, daß ihr eure Einkäufe nur bei denjenigen Firmen macht, die den Tarif anerkannt haben. Diese Firmen sind im Inseratenteil der heutigen Nummer bekannt gegeben. Alle dort nicht verzeichneten Geschäfte sind zu meiden.

Die Boykottkommission.

Eine gefalzene Antwort

erhält die Konstanzer Handelskammer wegen ihrer Stellungnahme zur Arbeitslosenversicherung von dem Regierungsrat Dominicus in Straßburg. Er schreibt in der 'Straßb. Post':

Die Handelskammer Konstanz hat nach diesem Artikel darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitslosenversicherung 'schwere wirtschaftliche Schäden durch die künstliche Unterbindung eines Ausgleichs von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hervorgerufen' würde, was durch die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für Elsaß-Lothringen für das Jahr 1907/08 bestätigt werde, denn darnach habe es — während die Stadt Straßburg, die die Arbeitslosenversicherung eingeführt und im Winter 1907/08 mit einem Mehraufwand von 63 000 Mk. Notstandsarbeiten habe verrichten lassen —, auf dem Lande an Arbeitskräften für nötige Arbeit gefehlt.

Eine derartige Bemerkung darf nicht ohne Entgegnung bleiben. Es ist zunächst richtig, daß in dem Jahresbericht der